

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreiecksausdruck: Nachrichten Dresden
Buchdrucker-Sammelnummer: 25241
Nr. für Rechtshaus: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden, I., Marienstraße 38/42

Besitzgebot vom 1. §§ 15. August 1928 bei illegaler zweimaliger Ausstellung frei Haft 1.70 M.
Besitzgebot für Monat August 2.40 M. ohne Besitzgebotserlöse. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzige 20 mm breite Seite
85 Pf., für ausgedr. 40 Pf. Familienanzeige und Stellenanzeige ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pf., außerhalb 200 Pf. Offertengänge 30 Pf.
Ausweitung der Auflage gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Sieglin & Reichart,
Dresden, Postfach 1068 Dresden
Rohstoff nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Sachsen) aufzuführen. Unterlangen
Schriftpreise werden nicht aufbewahrt

Deutsche Kolonialpolitik?

Von Professor Dr. Tobler.

Kann man Kolonialpolitik treiben, wenn man keine Kolonien mehr besitzt? Die Antwort lautet nach der Meinung weiter Kreise — und zwar nicht bloß rechts eingestellter — einfach dahin, daß es den leichten endgültigen Verzicht auf Kolonien und koloniale Mitarbeit bedeuten würde, wenn wir aufhörten, Kolonialpolitik zu betreiben. Seit wann hat die deutsche Kolonialpolitik von Amts wegen aufgehört? Nicht an dem Tage, an dem durch den Verfaßter Vertrag ein ersterlicher Verzicht auf die Kolonien unterschrieben wurde. Ebenso wenig hat aber etwa Kolonialpolitik darin sich ernsthaft geäußert, daß mit ganz leiser Erwähnung etwa ein kolonialer Anspruch im politischen Zwiegvertrag oder gar nur von der Presse noch geltend gemacht wurde, und am allerwenigsten vielleicht dadurch, daß der Eintritt in die Mandatskommission Deutschland gestattet wurde und allzu sehr Anlaß zum Brüsten mit einem Erfolg abzugeben schien. Nein, Kolonialpolitik von amtlicher Stelle hat aufgehört in dem Augenblick, als auch die leisesten Erwähnungen halbamtlicher Art nicht mehr ernst gemeint waren und als, nicht nur dem Gingeweihesten bekannt, sondern eigentlich auch dem einfachsten Zeitungsleser einleuchtend, ein Druck auf unsere eigene Presse von obener dahn ausgeübt wurde, daß von kolonialen Ansprüchen nicht mehr geredet werden sollte.

Und warum erfolgte jene Unterdrückung so selbstverständlicher, der Begründung kaum mehr bedürfender? Regungen nationalen Ansehens und Wollens wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Notwendigkeit? Wollte man imuge unserer auswärtigen Politik die Einstellung für richtiger befand, zu handeln, zu markieren, hier und da etwas preiszugeben, um etwas anderes zu gewinnen, und weil — zweifellos nur mangels augenblicklicher Einsicht rückschauender und vorwärtsblickender Überlegung der koloniale Anspruch das Kleingeld hergeben mußte, mit dem man markten ging. Damit ist gar nichts Neues gesagt. Diese Ausnahme ist seit Jahren verbreitet überall da, wo Kenntnis von Wesen und Wert der Kolonien auf den allgemein bekannten und von allen Parteien vor dem Kriege anerkannten Grundlagen noch heute lebt und zum Besten des Volkes durchzusehen erstreckt wird. Die koloniale Sache ist keine Partei, sie ist es Gottlob schon vor dem Kriege nicht mehr gewesen, und wenn sie heute gelegentlich dazu gestellt wird, so geschieht auch das nur aus Unkenntnis, nur aus Verblendung und gründet sich vielleicht auf den Zufall, daß die Frage vielleicht auch im Anschluß an den militärischen Glorieschein eines Lützow-Vorbeck ganz unbedingtweise als ein Gut ehemals militaristischer oder sonst rechtsschrechender Kreise aufgesetzt wird.

Warum hat man nicht schon älter diesen Gedankengang sich klarzumachen versucht? Warum hat nicht das Volk seine Stimmen in der Presse sich kräftig hören lassen und durchzulegen versucht, was ihm notwendig oder verfehlt erschien? „Deutsche Kolonialgegner“* äußert in kraftvoller Anklage jedoch die Sicht eines Erfahrenen vor das Gericht der Dessenlichkeit. Leider gibt es solche in nicht kleiner Zahl, vor allem aber meist in wichtigerer Position als die, die auch auf dem Wege der Kolonien Ruhm, Arbeit und Hoffnung für das deutsche Volk wissen und suchen. Wir müssen dankbar sein, daß solche Stimmen zu Worte kommen und müssen ihnen Nachdruck durch unsere Zustimmung zu verleihen suchen. Mehr als wir uns bewußt werden, gibt auch die Dessenlichkeit im Auslande und geben die Regierungen unserer früheren Feinde noch jetzt auf solche öffentliche Ankündigungen. Es ist eine erstaunliche Tragödie, wenn das allgemein von einem Mann bezeugt wird, der selbstlos Jahre hindurch nach dem Kriege — und zwar vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in die Mandatskommission! — die Verständigung mit den gegenwärtigen Mandataten der deutschen Kolonien gehalten und mehr als einmal sich hat sagen lassen können, daß nur der fehlende Wille des Auswärtigen Amtes in Berlin Anlaß zur Vorentscheidung jeglichen Kolonialkriegs bestehen sei! Es ist traurig genug, daß das heute in der Dessenlichkeit gefragt werden muß, traurig, daß die Sachverständigen des Gebietes an diesem Gang der Politik keinen Anteil halten, oder sich nicht durchsetzen konnten.

Nichts hilft bei dieser Sache das große Wort in Resolutionen von Vereinigungen und Gesellschaften, die klungslos verputzen, wenn der Dämpfer der offiziellen Politik daraufgeschoben wird, oder wenn sie in der kleinen Presse rechtsstehender Parteien oder kolonialer Blätter nüchtern verhallen. Auch hier liegt es nur nahe, anzunehmen, daß jene großen Resolutionen lediglich innere Ablenkung für beunruhigte und beunruhigende Massen vorstellen. Hat doch das Ausland noch niemals von jenen Stimmen Kenntnis genommen, noch niemals daraußhin ein Schriftwechsel zwischen Berlin und Paris stattgefunden, noch niemals einen Schritt rückwärts zu tun gewünscht auf dem Wege jener Entwicklung, die nach und nach den eigentlichen Anspruch auf den geräuberten Weltmarkt zurückwob und mit dem Einverständnis zum Mandatsystem oder dem unterbliebenen Widerspruch gegen ausgesprochene Einverleibungsversuche deutschen Kolonialbodens mehr und mehr die leichten Positionen aufgegeben hat.

Wie ist abzuhelfen? Es gibt nur einen Weg. Aufzuhaltloses Verhältnis zum Kolonialgedanken, wie er längst fest geprägt war, unter Betonung der für alle Volkschichten vorhandenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Und heiles Gemüse, eine Sache, die den deutschen Arbeiter nicht weniger angeht wie den Unternehmer, die den Einflussenden so kräftig betrifft wie den Verbraucher und die ihrer Eigenart auch eine Befreiung von Sklavenketten vorstellt, rein zu machen von jeder partizipativen Färbung, sauber zu trennen von gewiß auch in diesem Punkt nicht geringem militärischen Ruhm und Waffenglanz, so das zum Volksgut zu machen, was in erheblichem Teil Volksgut schaffen kann.

* „Deutsche Kolonialgegner“ ist der Titel einer soeben im Verlag der Akademischen Buchhandlung A. Tressel, Dresden, Nr. 24, erschienenen Schrift von Ludwig Scholz, den die Technische Hochschule Dresden anlässlich ihrer Hunderthabreiter als Kolonialpolitiker zum Doktor der technischen Wissenschaften ehrenhalber ernannt hat.

16 Tote, 55 Verletzte in Dinkelscherben

Generaldirektor Dorpmüller verspricht strengste Untersuchung

Augsburg, 1. August. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Augsburg hat sich die Zahl der Toten bei dem Dinkelscherbener Eisenbahnunglück auf 16 erhöht, da von den Schwerverletzen weitere vier ihren Verlebungen bereits erlegen sind. Zwei weitere der 28 Schwerverletzen schwelen in Lebensgefahr.

Im Augsburger Krankenhaus befinden sich zurzeit noch 28 Verletzte, wovon die Hälfte schwere Verlebungen haben. Im Brüdermarthausener Krankenhaus sind noch zwei Schwere- und drei Leichtverletzte untergebracht. Außerdem haben sich in München 19 Leichtverletzte und ein Schwerverletzer gemeldet, in Buchloe drei Leichtverletzte.

Sofort nach Bekanntwerden des neuen Eisenbahnunglücks bei Dinkelscherben in Bayern hat der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, um volle Klarheit über die Gründe des Unglücks zu schaffen, zusammen mit dem Reichsverkehrsminister einen Ausschuß an die Unfallstelle entsandt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Dr. Dorpmüller entschlossen, in rücksichtloser Strenge im Interesse der Sicherheit auf der Reichsbahn durchzugehen. Seine Maßnahmen werden sich erstmals insbesondere auf das Ge-
biet des Sicherungswesens, auf die Vorrichtungen in der Durchführung des Betriebes und der Arbeitszeit und auf personelle Fragen.

Dr. Dorpmüller erklärte dann noch einem Pressevertreter, daß sich die Ursachen des Unglücks zur Stunde noch nicht voll übersehen ließen. Eine nicht geringe Rolle spielen jedoch wiederum die bayerischen Betriebsvorschriften. Da es sich bei diesen Vorschriften um bayrische Referatsschriften handele, sei noch abzuwarten, inwieweit man Zugeständnisse

an die preußischen Reichsbahnbeobachtoren erreichen werde. Dr. Dorpmüller wird darüber in den nächsten Tagen eine Aussprache mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Held haben.

Konferenz beim Reichsverkehrsminister

(Drahmelung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 1. August. Generaldirektor Dr. Dorpmüller ist (wie an anderer Stelle berichtet, D. N. E.) entschlossen, mit rücksichtloser Strenge durchzugehen. Zu der Kommission, die an der Unfallstelle entstand, ist, gehörten die Reichsbahndirektoren Kitz und Strack sowie Ministerialrat Dr. Ebeling.

Heute vormittag um 10 Uhr begann beim Reichsverkehrsminister Dr. v. Guérard eine Konferenz über die Frage der Sicherheit auf der Reichsbahn. An der Versprechung nehmen auch die zuständigen Sachreferenten der Reichsbahn teil. Alle Parteien waren eingeladen und durch je zwei Abgeordnete vertreten.

Von der Fraktion der Bayrischen Volkspartei war kein Vertreter erschienen. Dagegen war für die Kommunisten noch der Abgeordnete Geiske anwesend. Gegenstand der Erörterungen waren die zahlreichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit, besonders auch das geitrige Unglück in Bayern, über das authentisches Material noch nicht mitgeteilt werden konnte. Bei der Erörterung der einzelnen Fälle kam u. a. zur Sprache, daß in Bayern andere Abschläge für das Personal bestehen als in Preußen, da das Personal in Bayern Wert auf längere zusammenhängende Ruhepausen legt. Bei der Bezeichnung der technischen Fragen wurde festgestellt, daß die Zentralisierung der Blocksignale des Münchner Hauptbahnhofes beschleunigt durchgeführt werden soll. Man hofft, in etwa 12 Tagen damit fertig zu sein. Zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Reichsbahndirektion sind Richtlinien vereinbart worden, die beschleunigt zur Durchführung gebracht werden sollen.

(Weitere Berichte über die Katastrophe siehe Seite 2.)

Polnische Überfallspläne auf Rowno

Manövertruppen mit scharfer Munition - Ausnahmezustand in den Grenzbezirken

Königsberg, 1. August. Die „Weichselzeitung“ in Marienwerder hatte gemeldet, daß über Polen der Ausnahmezustand verhängt worden sei. U. a. seien die Truppenzusammenführungen auf dem Übungsort bei Graudenz plötzlich abgebrochen worden. Die Garnison Memel sei in ihrem Standort zurücktransportiert worden und befindet sich im Alarmstand. Dieser Nachricht war von Warschau mit allem Nachdruck bestritten worden. Nunmehr erklärt die „Weichselzeitung“, daß ihre Informationen aus durchaus anverlässlicher Quelle stammen. Das Warschauer Dementi lasse vielmehr darauf schließen, daß der polnischen Regierung das Ausmaß der Vorbereitungen angenommen sei. Wenn der Ausnahmezustand auch über Warschau und die großen Städte Polens nicht verhängt worden sein sollte, so besteht er zweifelsohne in den Grenzbezirken und besonders im Pommerschen Grenzland. — Dem „Westpreußischen Tagblatt“ bestätigen einige militärische Überläufer aus Polen, daß die Verbündeten, nach denen in Polen ein geheimer Ausnahmezustand bestünde, auf Wahrheit beruhen.

Die Überläufer erklären, daß die polnischen Truppen mit scharfer Munition in das Land übergegangen seien. Außerdem würden an der polnisch-litauischen und deutsch-polnischen Grenze starke Truppenverschiebungen vorgenommen.

Bon anderer Seite wird erklärt, daß insbesondere in Graudenz auf dem Bahnhof zahlreiche Militärmassen festgestellt werden könnten. Auch in der Stadt wimmelt es von Militär. Viele Flieger wurden beobachtet.

Deutsche Demarche beim Warschauer Gesandten

Litauische Schutzmaßnahmen

Berlin, 1. August. Das Organ der radikalen Pilsudski-Anhänger „Gloss Prawy“ bringt auch heute eine Reihe von aus Wilna kommenden Alarmmeldungen über litauische Truppenverschiebungen und Verstärkungen der litauischen Truppen längs der polnisch-litauischen Grenze. So seien im Abschnitt von Druskininkai litauische Pioniere eingetroffen, um dort längs der Grenze Unterstände und Stacheldrahthindernisse zu errichten.

Die polnische Regierung wird in den nächsten Tagen der litauischen Regierung eine Note in Sachen der polnisch-litauischen Verhandlungen übersenden. Zeitpunkt und Ort der kommenden polnisch-litauischen Konferenz ist noch nicht festgesetzt. Es ist wahrscheinlich, daß in der polnischen Note der Vorschlag gemacht werden wird, die polnisch-litauische Konferenz knapp vor der Ratstagung in Genf abzuhalten. (WTB.)

In der Wilhelmstraße

wird gegenüber gewissen litauischen Presseäußerungen nochmals darauf hingewiesen, daß der deutsche Gesandte in Rowno, Dr. Morath, im Auftrage der Reichsregierung mehrere Male mit den zuständigen Rownover Stellen in einem Gedankenaustausch eingetreten ist und mit ihnen die Möglich-

keit eines Ausgleiches mit Polen auf Grund der Generalschlüsse erörtert hat.

Im übrigen hat gestern abend eine deutsche Demarche beim polnischen Gesandten in Berlin, Roman Knoll, stattgefunden, bei der ebenfalls auf die Gefahr von Zusammenstößen und die Notwendigkeit eines friedlichen Verhaltens gegenüber Litauen aufmerksam gemacht wurde.

Offenbar spielt sich die politische Lage zwischen Litauen und Polen immer mehr zu. Am 12. August wird in Wilna ein Kongreß der polnischen Legionäre stattfinden, und in Rowno befinden Verstärkungen, daß dies der Aufstieg zu kriegerischen Verwicklungen sein könnte. Aus diesen Gründen wird von Deutschland laufend in Rowno und nunmehr auch in Warschau auf das Gefährliche der Lage hingewiesen und der Verlust gemacht, möglichst einzuwirken. Es steht jedenfalls fest, daß die litauisch-polnische Atmosphäre augenblicklich mit Hochspannung geladen ist, und daß man nicht weiß, was der nächste Tag, insbesondere die erste Hälfte des Monats August bringen wird.

Sidikauslas' Reise ergebnislos

(Drahmelung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 1. August. Der litauische Gesandte Sidikauslas hat gestern abend Berlin verlassen und ist nach Rowno zurückgekehrt. Der Gesandte war, wie wir schon mitteilten, Montag morgen hier eingetroffen, um den deutsch-litauischen Vertrag zu unterzeichnen. Er sollte eine Unterredung am Montag morgen mit Herrn von Schubert haben, der ihn aber nicht empfangen konnte, da Herr von Schubert erkrankt war. In einer Unterredung, die der litauische Gesandte mit Herrn von Dirlens, dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes hatte, teilte Dirlens dem Gesandten mit, daß der Vertrag aus formellen Gründen noch nicht unterzeichnet werden könnte. Diese Gründe bestehen in der Abwesenheit des Geheimen Eisenlohe. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, dürfte der Vertrag in zwei Wochen unterzeichnet werden, zu welchem Zeitpunkt der litauische Gesandte nach Berlin zurückkehren wird.

Opposition gegen die englische Schutzzollpolitik

London, 31. Juli. Die gegenwärtige Agitation für Ausdehnung der Industriezollpolitik hat 270 führende Persönlichkeiten der Schifffahrt, Kohle-, Eisen- und Stahl-, Textil-, der Maschinenbau und der chemischen Industrie, des Bank- und Versicherungswesens usw. zu einer Gegenkundgebung veranlaßt. In einer an den Premierminister, die Kabinettsminister und Mitglieder beider Häuser gerichteten Denkschrift wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der Bericht der internationalen Wirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 die Ursache der industriellen Depression aufdeckt, und daß die Regierung alles tun sollte, um die Sache des internationalen Freihandels zu fördern.